

## Europäisierung der Erinnerung – Der Holocaust als negativer Gründungsmythos Europas

[Unlektorierte Stichworte zu einigen im Vortrag am 22.3.2014 angesprochenen Themen]

Vergleicht man die 2006 eröffnete Ausstellung in der KZ-Gedenkstätte Jasenovac in Kroatien (<http://www.jusp-jasenovac.hr>) und das 2004 eröffnete Holocaust-Gedenkzentrum (HDKE, <http://www.hdke.hu/en>) in Budapest, so werden zahlreiche Parallelen zwischen den beiden Museen offenkundig: beide Ausstellungen sind betont dunkel gehalten, es dominieren persönliche Gegenstände der Opfer hinter Glas, Opfernamen in weißer Schrift auf schwarzem Hintergrund oder weiße, immer weniger werdende „Lebenslinien“ sowie Zeugnisse von Überlebenden. Das HDKE wurde wenige Wochen vor den EU-Beitritt Ungarns eröffnet, obwohl die ständige Ausstellung erst zwei Jahre später fertiggestellt werden konnte. All das deutet auf die Entwicklung von so etwas wie „europäischen Erinnerungsstandards“ hin. Diese lässt sich als Transformation der nationalen Perspektiven und Opfermythen fassen, als Veränderung der Geschichtsbilder im Sinne einer Anreicherung mit europäischen Bezügen. Die in der Nachkriegszeit vorherrschenden nationalen Opfer- und Widerstandserzählungen werden von der Frage nach der Verantwortung der eigenen Nation an begangenen Verbrechen abgelöst.

Diese Europäisierung des Gedenkens ist eng verbunden mit der zunehmenden Bedeutung der Erinnerung an den Holocaust, der als „negative Ikone“ der Epoche ins Bewusstsein trat – jedenfalls in „Westeuropa“ und anderen „westlichen“ Ländern. Gerade das Unvorstellbare des Holocaust trug zu seiner Entkontextualisierung bei, sodass er zum moralischen Maßstab der Unterscheidung zwischen gut und böse wurde. Er steht als Sinnbild für die Opfererfahrung schlechthin, da sich soziale und ethnische Gruppen weltweit auf den Holocaust berufen, um ihren Diskriminierungserfahrungen politische Geltung zu verschaffen. Das individuelle Opfer rückt dabei so stark in den Fokus des Gedenkens, dass der historische Kontext der jeweiligen Ereignisse eine immer geringere Rolle spielt.

In Europa besitzt diese Entwicklung noch eine zusätzliche, identitätsstiftende Komponente: Der Holocaust wird zu einem negativen europäischen Gründungsmythos. Das geeinte Europa nach 1945 wird als „Schicksalsgemeinschaft“ begriffen, die aus dem „Zivilisationsbruch Auschwitz“ eine Lehre gezogen und gemeinsame Strukturen entwickelt habe, um Ähnliches zu verhindern. Die „wieder entdeckte Erinnerung an Europas tote Juden“ ist „die Definition und Garantie für die wiedergefundene Humanität des Kontinents“, so Tony Judt. In einer Zeit, in der nach einer europäischen Identität des neuen, vereinigten Europas gesucht wird, die über eine Wirtschafts- und Währungsunion hinausgeht, soll dieser Gründungsmythos eine identitätsstiftende Wirkung erfüllen.

Die EU-Beitrittskandidaten bemühten sich darum, möglichst rasch der 1998 gegründeten „International Task Force on Holocaust Education, Remembrance and Research“ (heute: International Holocaust Remembrance Alliance, <https://www.holocaustremembrance.com/>) Am 27. Januar 2000, dem Jahrestag der Befreiung von Auschwitz, fand in Stockholm eine große internationale Holocaust-Konferenz statt, an der erstmals Regierungschefs und -chefinnen aus 46 Ländern teilnahmen. Ein Ergebnis war die Empfehlung, alle Staaten sollten den 27. Januar oder ein anderes, national bedeutsames Datum als Holocaust-Gedenktag einführen. Damit wurden erste Ansätze unternommen, europäische Erinnerungsstandards zu entwickeln, die auch bei der EU-Osterweiterung zwar nicht offiziell, aber letztlich dennoch eine Rolle gespielt haben: „Jeder, der zu Beginn des 21. Jahrhunderts wirklich Europäer werden will“, müsse laut Judt „zunächst ein neues und weit bedrückenderes Erbe auf sich nehmen.“ Heute ist „die einschlägige europäische Bezugsgröße ... die Vernichtung. Die Anerkennung des Holocaust ist zur europäischen Eintrittskarte geworden.“

Der Versuch, dem Holocaust einen aktuellen Sinn, die moralische Legitimierung der EU, zuzuweisen, birgt mehrere Gefahren. Das komplexe Ereignis wird in der identitätsstiftenden

Betrachtung aus dem historischen Kontext gelöst. Dabei wird meist von den konkreten Opfern, Täterinnen und Tätern ebenso abstrahiert wie von der besonderen Rolle Deutschlands und Österreichs. Der Fokus auf das individuelle Opfer befördert ferner die Tendenz, alle im Zweiten Weltkrieg Getöteten ohne Rücksicht auf den Kontext als „gleichermaßen“ unschuldige Opfer zu deuten – etwa die deutschen Vertriebenen und Bombenopfer. Die Ereignisse des Zweiten Weltkrieges werden also einerseits „enthistoriert“ und andererseits als moralische Lehre begriffen: Weil man aus dem Holocaust gelernt habe, begreift man Opfer heutiger Konflikte, etwa „die Muslime“, „die Bosnier“ oder „die Palästinenser“ als „Juden von heute“. Damit wird aus der sinnlosen Vernichtung eine lehrreiche, sinnvolle Erfahrung, die somit auch einen positiven Effekt gehabt habe: ein neues, geeintes Europa. Die Haltung, dass man seine eigene Vergangenheit nun selbstkritisch „bewältigt“ habe, erlaubte es Deutschland, die Devise „Nie wieder Auschwitz“ für gegenwartspolitische Zwecke zu gebrauchen. So wurde im Zuge der Jugoslawien-Kriege mit Ausdrücken wie „Rampe von Srebrenica“ und „ein neues Auschwitz im Kosovo verhindern“ der Nato-Krieg im Kosovo 1999 legitimiert, der ohne ein Mandat der UNO stattfand.

Parallel zu dieser „Europäisierung des Holocaust“ kam es in den post-sozialistischen Staaten nach 1989 zu einem Neuaushandeln von Geschichte. Zusammen mit der staatssozialistischen Gesellschaftsordnung wurde auch die Geschichtserzählung vom heldenhaften antifaschistischen Kampf delegitimiert. Im Zentrum der Erinnerung steht dort das Trauma der kommunistischen Verbrechen. Symbole, die hierzulande automatisch mit der Shoa assoziiert werden, wie etwa Eisenbahngleise, stehen in diesen Ländern für die Deportation in den Gulag. Vertreter und Vertreterinnen post-sozialistischer Staaten fordern heute, die staatssozialistischen Verbrechen „in gleichem Maße“ zu verurteilen wie den Holocaust. Im „Haus des Terrors“ in Budapest werden die „Pfeilkreuzler“, welche mit dem Dritten Reich kollaboriert haben, mit den danach an die Macht gelangten Sozialisten gleichgesetzt.

In diesem Sinne erklärte im Sommer 2009 das EU-Parlament den Jahrestag des Hitler-Stalin-Paktes von 1939, den 23. August, zum Tag des Gedenkens an die Opfer von Nationalsozialismus und Kommunismus. Damit wird nicht bloß das Gedenken an die Opfer des Stalinismus in den europäischen Kanon aufgenommen, sondern es werden ausdrücklich die Opfer beider Regime gleichgesetzt. Das ‚eigene Volk‘ wird in den post-sozialistischen Staaten, die die Einrichtung des Gedenktages vorangetrieben haben, erneut als ein unschuldiges Opfer grausamer Unterdrückung von außen (durch Stalin und Hitler) begriffen. Dadurch wird die Beteiligung der eigenen Gesellschaft am staatssozialistischen Herrschaftssystem geleugnet, die Verantwortung für die begangenen Verbrechen von sich weggeschoben. Somit handelt es sich beim 23. August gewissermaßen um die Antithese zum 27. Jänner, dem Holocaust-Gedenktag, bei dem die vom eigenen Kollektiv begangenen Verbrechen im Vordergrund stehen.

Betrachtet man die Aufarbeitung der Vergangenheit in den postsozialistischen Ländern, so läuft man Gefahr, damit eine mustergültige Aufarbeitung im ‚Westen‘ zu unterstellen. Gerade in Österreich, wo nach 1945 nach außen die Opferthese vertreten wurde, während im Inland ein Kriegerdenkmal nach dem anderen errichtet wurde, müsste man es aber besser wissen. Erst im Zuge der Waldheim-Debatte wurde hierzulande ja mit dem österreichischen Opfermythos gebrochen und Kanzler Franz Vranitzky bekannte sich 1991 zur „Mitverantwortung, die zwar nicht Österreich als Staat, wohl aber Bürger dieses Landes über andere Menschen und Völker gebracht haben.“ Doch diese Entwicklung darf man sich nicht linear vorstellen, denn am Jahrestag des Novemberpogroms, dem 9. November, behauptete Wolfgang Schüssel als Chef der schwarz-blauen Regierung im Jahr 2000: „Die Nazis nahmen Österreich mit Gewalt. Die Österreicher waren das erste Opfer.“ Im Jubiläumsjahr 2005 stand in Österreich nicht – wie im Rest Europas – die Niederlage des Dritten Reiches 1945, sondern der Staatsvertrag von 1955 im Vordergrund. Jahrzehntlang mussten Deserteure auf ihre Rehabilitierung warten und die im Zweiten Weltkrieg begangenen Verbrechen an den Roma

stellen nachwievor eine weitgehende Leerstelle dar. Hierzulande gibt es, im Gegensatz etwa zu Ungarn, kein Holocaust-Gedenkmuseum und in der 2013 neu gestalteten Gedenkstätte Mauthausen stehen alte und neue Geschichtsnarrative nebeneinander. Im Katalog heißt es zur neuen Ausstellung, sie konnte nicht „an das zentrale Narrativ ihrer Vorgängerin anknüpfen – das Lager als Hort politischen Widerstands und als Beleg der These von Österreich als erstem Opfer nationalsozialistischer Aggressionspolitik.“ Draußen auf dem Gelände stehen nach wie vor Schilder, die auf dem Friedhof der unbekanntenen Häftlinge diesen unterstellen, sie hätten ihr Leben für die „Freiheit ihrer Heimat“ gegeben und nicht Opfer sinnlosen Massenmords geworden. Drinnen, in der Ausstellung, wird hingegen auf beeindruckende Weise alles umgesetzt, was man heute über die (Re-)Präsentation und Vermittlung in Gedenkstätten weiß. Die Opfer und Täter werden individuell vorgestellt, die vielen Probleme, vor denen die befreiten Häftlinge 1945 und später standen, nicht ausgeklammert. Fast möchte man auch für die sinnstiftenden, patriotischen Gedenktafeln draußen Hinweisschilder über das Jahr ihrer Errichtung fordern... Warum also sah man sich im Falle Österreichs vor dem EU-Beitritt nicht veranlasst, Aufarbeitung der Vergangenheit zur „europäischen Eintrittskarte“ zu erklären, im Falle Polens oder der Slowakei aber schon? Diese ‚doppelten Standards‘ bescherten uns dennoch glücklicherweise etwa das Holocaust-Gedenkzentrum in Budapest, in dem hoffentlich noch lange nicht nur Schülerinnen und Schüler ein Gegenbild zum heute in Ungarn dominierenden Geschichtsrevisionismus vermittelt bekommen, wie er etwa im „Haus des Terrors“ im Zentrum der Stadt zu finden ist – und bald vermutlich auch im deportierten jüdischen Kindern gewidmeten „Haus des Schicksals“.

*Ljiljana Radonic* forscht am Institut für Kulturwissenschaften und Theatergeschichte der Österreichischen Akademie der Wissenschaften über den „Zweiten Weltkrieg in postsozialistischen Gedenkmuseen“ und lehrt über „Europäische Erinnerungskonflikte seit 1989“ am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien. Ihre Dissertation, „Krieg um die Erinnerung – Kroatische Vergangenheitspolitik zwischen Revisionismus und europäischen Standards“, ist 2010 im Campus-Verlag erschienen.

<http://homepage.univie.ac.at/ljiljana.radonic/> | [ljiljana.radonic@univie.ac.at](mailto:ljiljana.radonic@univie.ac.at)